

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Pettzeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag den 27. Januar.

1901.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Noch ein Bued-Brief.

Der **Vorwärts** veröffentlicht folgendes ihm übermitteltes Schriftstück des bekannten Sekretärs des Centralverbandes der Industriellen, Herrn Bued, das noch einen tieferen Einblick in die intimen Verhältnisse zwischen der Regierung und dem Verband gewährt, als der 12 000 Mark-Brief.

7. 7. 96.

Hochgehrter Herr Reichsrat!

Ich bestätige den Eingang Ihres sehr geschätzten Schreibens vom 30. v. M. aus B. Gastein und habe mich aufrichtig und herzlich gefreut, aus demselben zu erfahren, daß sich Ihr Gesundheitszustand so wesentlich gebessert hat. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Aufenthalt in Ihrem schönen Wapdring Ihnen vollständige Genesung und Kräftigung bringen wird. Es bedarf erst kaum einer besonderen Versicherung, daß ich, wenn sich mir irgend eine Gelegenheit bieten sollte, mit ganz besonderem Vergnügen Ihrer gütigen Einladung, Sie in Wapdring zu besuchen, folgen werde.

Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt; Ihrem Wunsche, über den neuen Handelsminister etwas zu hören, komme ich, soweit ich dazu im Stande bin, in folgendem nach. Zunächst mein persönliches Verhältnis zu demselben betreffend, so kenne ich Herrn Brefeld nicht nur von meiner sechsjährigen Thätigkeit im Staatsbahnbauamt, dessen Vorsitzender er war, und Abgeordneter, sondern ich bin auch in gesellschaftlicher Beziehung mit ihm im Verkehr gewesen. Brefeld und mein Schwiegerjohn Grufe sind nämlich alte Jugendfreunde, B. ist bei der Hochzeit in meinem Hause gewesen, und ich bin häufig bei Grufe mit ihm zusammengewesen, wo wir freundschaftlich miteinander verkehrt haben. Meine persönlichen Beziehungen zu dem neuen Handelsminister sind demnach gut und ich empfinde dies auch bei einem ihm gestatteten Besuche. Ich wurde sehr freundlich empfangen und auf meine Anrede, daß ich gekommen sei, um meine Glückwünsche abzugeben und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß das Handelsministerium mit dem Centralverbande freundliche Beziehungen unterhalten möge, erwiderte er, daß, soweit seine Person dazu beitragen in der Lage sei, dies der Fall sein solle. Er fuhr dann fort, daß er allseitig auf große Rücksicht würde rechnen müssen, denn wenn er vorher hätte übersehen können, auf wievielen Gebieten seines Ressorts ihm die notwendige Erfahrung und Kenntnis fehle, so würde er noch größere Bedenken gehabt haben, das Amt zu übernehmen; unter den Schwierigkeiten schien er auch zu verstehen, daß, wie er sagte, „ein gewisses Abweichen von dem bisherigen System mit zu seiner Aufgabe gehöre“; damit war mir der gewünschte Anlaß gegeben, die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen in die Besprechung zu ziehen, worüber wir uns etwa dreiviertel Stunde unterhalten haben. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß die Ablehnung des im übrigen ganz vernünftigen Handelskammer-Gesetzes hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Berlepsch gerichtet gewesen sei und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gefährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er vollkommen an. Ich setzte eingehend den Standpunkt des Centralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung auseinander, betonte, daß wir dieselbe thätig unterstützt und gefördert haben, bezeichnete aber auch die Punkte, in denen man unseres Erachtens bereits zu weit gegangen sei. Die Stellung des Herrn Brefeld läßt sich nun etwa wie folgt charakterisieren. Primo loco ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse und daß die von gewisser Seite ausgehenden Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe einzuwirken zu lassen, und das sei auch die Ansicht des Kaisers. Dabei unterließ ich nicht, Lohmann als den zu bezeichnen, der von weitgehenden sozialistischen Ideen befangen, wohl das treibende Element in der bisherigen Richtung gewesen sei und um so mehr habe durchbringen können, da Berlepsch, vielleicht nur infolge der Bewegung zur Zeit, als er in das Amt eintrat, sich vollständig gettesverwandt mit Lohmann erwiesen hat. Ich schied voran, daß Brefeld mit Lohmann sehr befreundet ist und auf „Du“ mit ihm steht. Herr Brefeld schien mich bezüglich des genannten Herrn mit der Bemerkung beruhigen zu wollen, daß Lohmann, mit dem er voraussichtlich oft in Meinungsverschiedenheiten sein werde, doch nachgibt, wenn er sich bei seinem Chef einem ernstlichen Willen gegenüber befinde; auf diese Eigenschaft Lohmanns habe ihn auch schon Berlepsch aufmerksam gemacht und auch er habe bereits Gelegenheit gehabt, sie zu erkennen. Im übrigen gilt Brefeld als ein ruhiger, ernster Mann mit festem Charakter und festem Willen und so weit ich die Sache zu übersehen vermag, können wir mit dem Tausch wohl zufrieden sein. Wir schieden, ich möchte fast sagen, in freundschaftlicher Weise, er ersuchte, auch ihm im gegebenen Fall mit Rat und That zur Seite zu stehen und stets zu ihm zu kommen, wenn wir irgend etwas haben.

Was nun den Bund der Industriellen betrifft, so bitte ich, mir gütigst zu verzeihen, wenn ich der Befürchtung Ausdruck gebe, daß Sie die Sache unterschätzen. Der Bund hat notorisch 1000 Mitglieder, darunter recht große und angesehene Industrielle, zu diesen gehört auch der Vorsitzende Herr Birth. Der Bund hat ein recht sorgfältig ausgearbeitetes Statut mit einem rationalen Modus der Beitragszahlung. Der Vorsitzende ist sowohl von Berlepsch wie von Böttcher empfangen worden und wenn er (der Bund), was ich für sicher halte, die wüsten Agitatoren von seinen Hochhöhen abschüttelt und ruhig und ernst arbeitet, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich die hohe Reichsregierung von dem manchmal unbehaglichen und niemals sehr gern gesehenen Centralverband abwendet und den „Bund“ mehr begünstigt. Ich glaube voraus-

sehen zu müssen, daß wir fortgesetzt einen ernstlichen Konkurrenzkampf mit dem „Bunde“ zu führen haben werden, und daher habe ich es für notwendig erachtet, demselben gegenüber unsere Stellung zu wahren.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung zeichne ich

Ihr sehr ergebener

H. A. Bued.

Noch niemals, schreibt dazu der Vorwärts, konnte so klar enthüllt werden, wer Herr ist im Klassenstaate Preußen, als durch dieses Schreiben des Generalsekretärs des Centralverbandes an den mittlerweile verstorbenen süddeutschen Spinnerkönig Reichsrat von Häppler.

Als der 12 000 Mark-Bettel bekannt wurde und keine Ablehnung möglich war, flüchtete der Reichskanzler zu der Ausrede des Mißgriffs, des Ausnahmefalls, der vereinzelt dastehe und sich nicht wiederholen solle. Nachdem man den Einzelfall preisgab, glaubte man sich um so eifriger entrüsten zu dürfen wider die sozialdemokratische Behauptung der dauernden Abhängigkeit höchster Regierungsstellen von den Mächthabern der Großindustrie, eines Systems politischer Korruption.

Es vereinten sich schließlich sämtliche bürgerliche Parteien des Reichstags in der feigen Beschönigung des 12 000 Mark-Scandals. Herr Koesike und Herr Hitze, die Leuchten der bürgerlichen Sozialreform, ereiferten sich gegen „die sozialdemokratischen Uebertreibungen“ und wurden die Helfer eines zu jeder ehrlichen Sozialpolitik unfähigen Regierungs-Ministers.

Das Schreiben Bued's an Häppler setzt der heuchlerischen Entrüstung und feigen Beschönigung ein Ende.

Herr v. Berlepsch als Minister war nichts weniger als ein fortgeschrittener Sozialpolitiker. Doch schon seine Bagatellexperimente im Arbeiterchutz beschworen den tödlichen Haß der Industriefeudalen herauf. Der — noch dazu durch mancherlei Ausnahmebestimmungen gemilderte — 13 1/2 stündige Maximalarbeitstag für Bäckereiarbeiter trieb den seit den Februarerlassen von 1890 aufgespeicherten Groll der Großindustrie zu offenem Ausbruch. Der Minister des 13 1/2 Stundentags mußte fallen.

Am 4. März 1896 war die Bäckereiverordnung des Bundesrats erschienen, sie sollte am 1. Juli in Kraft treten. Sofort setzte in den Parlamenten und hinter den Coulissen der Kampf der Arbeiterfeinde ein. Im Reichstag wurde durch eine Interpellation am 22. und 23. April das Borgefetzt geliefert. Die Hauptschlacht wurde im Abgeordnetenhaus geschlagen und das Dreiklassenparlament erwies sich nicht nur als Vereiler aller reformatorischen Arbeit in Preußen, sondern auch im Reiche.

Bereits am 24. April 1896 wurde Herrn v. Berlepsch das Handelskammergesetz vor die Füße geworfen. Die vielseitige Opposition gegen dieses Gesetz war damals durchaus überraschend. Wir erfahren jetzt aus dem Bued'schen Brief, daß das „ganz vernünftige Handelskammergesetz“ nur abgelehnt wurde, um die Stellung des Ministers für Handel und Gewerbe, dessen Sozialpolitik man fürchtete, zu erschüttern. Die Regierung sah sich genötigt, am 16. Mai den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Er wurde in der folgenden Session in wenig veränderter Gestalt wieder vorgelegt und vom Landtag angenommen.

Die sozialpolitische Reaktion sah sich auf der Bahn der Erfolge und am 15. Juni holte sie im Abgeordnetenhaus zum entscheidenden Streiche aus. Die konservativen und nationalliberalen Vertreter der Centralverbandspolitiker wagten die Forderung, die Regierung solle die Bäckereiverordnung zurückziehen, noch ehe sie in Kraft getreten sei. Frhr. von Zedlitz, neben Stumm der Leiter der Post und der Scharfmacherei, und Herr Möller, Bued's Intimus, klagten von einer „weit über das Bäckereigewerbe hinausgehenden Unruhe“ wegen der sozialpolitischen Pläne v. Berlepsch's, sie verurteilten in Baufuß und Vogen die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik und verkündeten jede ernsthaftige Arbeiterchutzpolitik. Frhr. v. Berlepsch verteidigte seine Sozialpolitik nicht ohne Schärfe. Vielleicht war er sich seines baldigen ministeriellen Endes bereits bewußt. Ein Centrumsantrag, der die Angelegenheit wenigstens einer Kommission zur näheren Prüfung übergeben wollte, wurde verworfen und die freche Zustimmung der konservativen und liberalen Feinde jeglicher Sozialreform wurde Beschluß des Hauses.

Am 19. Juni war Landtagschluss. Am 27. Juni

verkündete der Reichsanzeiger die Entlassung v. Berlepsch's und die Ernennung des Unterstaatssekretärs im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Brefeld zum Minister für Handel und Gewerbe. In der Schule des Herrn Thielen hatte sich Brefeld würdig auf das eigene Ministerium vorbereitet.

Dies die Vorgeschichte des Bued-Briefes. Die Feinde der Sozialpolitik hatten ihr Ziel erreicht. Herr Bued beginnt den Brief an den süddeutschen Centralverbandsführer mit dem Triumphrufe: Endlich haben wir Herrn von Berlepsch klein bekommen!

Das weitere sagt der Brief selbst. Seine Arbeiterreformpolitik, die 1890 angekündigt worden war, ist niemals zur freien Entfaltung gelangt. Nun wurden nach einer kurzen Aera kläglicher Versuche auch die vereinzelt Pfleger des kümmerlichen Reims beseitigt. Der Kaiser selbst, so erzählt Minister Brefeld dem frohlockenden Bued, ist der Ansicht geworden, daß jetzt mehr sozialpolitische Ruhe eintreten solle. Vorbei sind die kümmerlichen Jahre deutscher Sozialreform und der Centralverband beginnt die Vorbereitung des Zuchthausgesetzes.

Herr Brefeld ist der Mann des Centralverbandes. Durch Bande der Freundschaft und des geselligen Verkehrs längst mit Herrn Bued verbunden, giebt er ihm alsbald in den Anfängen seiner Ministerherrlichkeit intime Audienz und die beruhigendsten Zusicherungen, daß er den über die Sozialreform errungenen Sieg sichern und festigen werde. Er brachte schon die Ueberzeugung mit in das Ministerium, daß es den Arbeitern glänzend gehe und daß das Drängen nach Verbesserung der Lage der Arbeiter eitel Unfug sei. Den Arbeitern die Faust den Großindustriellen „freundliche Beziehungen“ und die Bitte, zu ihm zu kommen, wenn sie etwas wollen. Offener hat noch nimmer das Klassenregiment sich entblößt als in dem trauten Gespräch, in dem der neue Minister den Lebensbund mit den gemeingefährlichsten Feinden des Volkes schloß.

Und Herr Brefeld hat die Mächtigen, von deren Gnade er Minister ward und Minister ist, nicht enttäuscht. Seine Thätigkeit in der Frage der Bergarbeiter-Gesetzgebung hat den Grubenherren niemals Anlaß zu Verdruss gegeben. Sein Auftreten in der Zuchthausgesetz-Debatte verdunkelte alle Verdienste aller seiner Ministerkollegen. Als jüngst Herr Bued in vorübergehender Verstimmung gegen Herrn v. Rosadomsky an den „besser unterrichteten Staatsmann“ appelliert hat, hat er gewiß an niemand sonst gedacht als an Herrn Brefeld, den Verlässlichsten unter den Dienern des Centralverbandes.

Der Fall Rosadomsky erscheint nun beinahe klein gegen den Fall Brefeld.

Hier ist nicht ein vereinzelter Mißgriff nachgewiesen. Hier ist ein System aufgedeckt: die Ober-Regierung der Kapitalistenklasse über der Regierung des Staats.

Der Druck der indirekten Steuern.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Zölle und Verbrauchsabgaben in erster Linie von den Leuten mit geringeren Einkommen aufgebracht werden, so daß der Vereinigte Landtag in Preußen sich doch wohl im Unrecht befunden hat mit seinem weisen Diktum: Den unteren Klassen mit indirekten Steuern wehe zu thun, ist im Grunde ebenso unmöglich, wie Fische in zu vielem Wasser zu eräufen. Aber bis zu welchem Grade die Belastung der Minderbemittelten durch die indirekten Steuern thätigste geht, ist an der Hand der Statistik auf das schlagendste klargelegt worden.

Zunächst hat der Geheime Berater R a f f e den Beweis erbracht, wie sehr gerade unsere Arbeiter gegenüber denen im freihändlerischen England durch die Zölle benachteiligt werden. Der Bergmann in Newcastle bezahle z. B. das Schmalz durchschnittlich mit 64 bis 84 Pfg., in Saarbrücken mit 1 Mk., den Speck der englische Bergmann mit 1.10 Mk., der Saarbrücker mit 1.80 bis 2 Mk.; das Kilogramm Reis der englische mit 16 bis 18 Pfg., der Saarbrücker mit 70 bis 80 zc. Dabei sind den Angaben noch Konsumvereinspreise zu Grunde gelegt, so daß der gern erhobene Einwurf der Verteuerung durch den Kleinhandel in diesem Falle nicht wohl gemacht werden kann.

Sodann hat der Tübinger Nationalökonom, Professor Fr. J. K e u m a n n, sich der Mühe unterzogen, über 500 Haushaltungsbudgets darauf zu untersuchen, wie stark die verschiedenen Einkommensstufen durch die indirekte Steuer belastet werden. Da ergibt sich denn aus den von ihm

hergestellten Tabellen, daß die Belastung der kleineren Einkommen durch die indirekten Steuern ganz unverhältnismäßig groß ist, und, in Prozenten des Einkommens ausgedrückt, oft das zwanzigfache und noch mehr der Besteuerung der Reichen beträgt.

Gegen diese durch die indirekten Steuern herbeigeführte Benachteiligung des armen Mannes will der oft gehörte Einwand, daß er dafür von der direkten Staatssteuer befreit sei und daß diese die größeren Einkommen in progressiver Steigerung belaste, wenig besagen. Denn es ist ein ander Ding, von einem Einkommen von vielleicht 6-800 Mk. 4½-7 Prozent indirekter Steuern abzugeben, als von 100 000 und mehr Mark vier Prozent direkter und vielleicht ein halbes oder höchstens ein ganzes Prozent — keinesfalls mehr — indirekter Steuern an den Staat zu entrichten.

Die von Prof. Neumann berechneten Zahlen sprechen zwar eine deutliche Sprache, die für jeden Einsichtigen ohne weiteres verständlich ist. Ihr volles Gewicht erhalten sie aber doch erst, wenn man sie — auf die Grundlagen der Nationalökonomie zurückgehend — in Zusammenhang mit der Lehre vom Einkommen bringt.

Die nationalökonomische Wissenschaft unterscheidet das sogenannte Reineinkommen von dem Reineinkommen. Von dem Reineinkommen findet ein Teil Verwendung zur Befriedigung des notwendigen standesgemäßen Lebensunterhalts, ein anderer, meist geringerer Bruchteil bleibt anderweitig, in das beliebige Ermessen des einzelnen gestellter Verwendung überlassen. Man nennt jenen Teil das gebundene, diesen das freie Einkommen. Nur über das freie Einkommen, das möchten wir noch einmal betonen, kann der Berechtigte einigermaßen frei verfügen; die Verwendung des gebundenen Einkommens ist ihm durch äußere Verhältnisse unbedingt vorgeschrieben.

Nach sehr sorgfältigen sächsischen Erhebungen, mit denen belgische genau übereinstimmen, werden vom Arbeiter mit kleinem Einkommen für die notwendigsten Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Feuerung und Licht, Geräte und Werkzeuge) 95 Prozent seines Einkommens verbraucht, wozu in beiden Ländern noch 2 Prozent für Erziehung und Unterricht treten, reines Einkommen also — 3 Prozent! Nach Untersuchungen von Wörrishoffers, von Schlieben und Sampahe betragen in Deutschland die Ausgaben für die notwendigsten Lebensbedürfnisse (Erziehung und Unterricht nicht mit eingerechnet) bei den kleinsten Einkommen 92½-94 Proz., sind also fast genau den in Sachsen und Belgien ermittelten Sätzen gleich; das freie Einkommen stellt sich also auch bei Außerachtlassung der Ausgaben für Erziehung und Unterricht höchstens auf 6 bis 7½ Prozent. Bei 5000 Mk. Einkommen beträgt es unter denselben Voraussetzungen bereits 41,2 Prozent, bei 48 000 Mk. Einkommen schon 58,2 Prozent. Für noch größere Einkommen liegen leider keine Veröffentlichungen vor, aber soviel ist auch ohne statistische Unterlagen mit Sicherheit zu behaupten, daß jemand, der eine halbe oder gar eine ganze Million Einkommen hat, nur einen winzigen Bruchteil dieser Summe zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse aufzuwenden haben wird.

Geht man von der unabweisbar richtigen Annahme aus, daß sich ohne die auf den notwendigsten Lebensbedürfnissen lastenden Steuern das freie Einkommen um den Betrag der indirekten Steuern erhöhen würde, so würde es für die größten Einkommen, für die eine Statistik vorliegt, 58,2 + 1,13 (oder höchstens 1,26), also 59,33 bis 59,46 Prozent des Reineinkommens betragen, für die niedrigsten dagegen, unter Zugrundelegung der Angaben Wörrishoffers, 6 + 4,51 (bzw. 7,28) d. h. 10,51 bis 13,28 Prozent; bei Berücksichtigung der sächsischen Ermittlungen endlich 3 + 4,51 (bzw. 7,28) d. h. 7,52 bis 10,28 Prozent des Reineinkommens.

Das freie Einkommen wird nun vom Staate um den Betrag der indirekten Steuern gekürzt, aber von den 59,33 bis 59,46 Prozent der Reichen erhebt der Staat 1,13 bis 1,26 Prozent, d. h. im Durchschnitt rund 2 Prozent an indirekten Steuern, von den 10,51 bis 13,28, die sich unter Berücksichtigung von Wörrishoffers Ermittlungen als freies Einkommen ergeben, werden 4,51 bis 7,28 Prozent des Gesamteinkommens oder 43 bis 55 Prozent des freien Einkommens entrichtet und diese horrende Quote steigert sich bei Zugrundelegung der sächsischen Ermittlungen gar auf rund 60 bis 70 Prozent!

Das Schlüssergebnis ist also: Der Reiche entrichtet rund 2 Prozent, der Arme nach der geringsten Annahme 43 bis 55, nach der höchsten 60 bis 70 Prozent seines freien Einkommens an indirekten Steuern!

Die Wirkung dieser Thatsachen wollen wir durch kein ferneres Wort abschwächen.

Aufruf

an alle in der Kautabakbranche beschäftigten Arbeiter von Deutschland und Dänemark.

Kollegen! Nachdem die Kautabakarbeiter Nordhausens Ende des Jahres 1899 es verstanden hatten, geregelte Löhne sich zu verschaffen, und obgleich es gelungen war, auf glücklichen Wege, ohne Ausstand, zum Teil Verbesserungen auf diesem Gebiete herbeizuführen, sind wir doch von jener Zeit an fortwährend den Machinationen der Fabrikanten ausgesetzt. Trotzdem uns bei der Beilegung der besprochenen Angelegenheit versichert wurde, keine Maßregelungen vornehmen zu wollen, mußten wir gar bald sehen, daß die Herren Fabrikanten ihr Wort nicht hielten. Nicht weniger als 10 Kautabakarbeiter, teils Spinner, teils Rollenmacher, Verheiratete mit ca. 30 Kindern, wurden brotlos gemacht; ja, heute noch sind 5 Familienväter ohne Arbeit. Und weshalb geschah dies? Weil sie den Mut hatten, den Fabrikanten ungeniert ins Gesicht zu sagen, was für ungeregelte Verhältnisse zur Zeit obwalteten.

Doch nicht nur Maßregelungen sollten wir fühlen, nein, viel raffiniertere Mittel wurden erfunden, welche dem Arbeiter seine letzten Rechte zu nichte machen. Von jetzt ab soll niemand mehr im stande sein, nach freiem Willen sein Arbeitsverhältnis ändern zu können. Wer in einer anderen Fabrik zu arbeiten wünscht, muß sich erst von seinem derzeitigen Arbeitgeber die Erlaubnis dazu geben lassen. Will ein Arbeiter z. B. das Arbeitsverhältnis

wegen Strafzügen, schlechter Behandlung, Mangel an Material z. lösen, so soll er erst den Arbeitgeber um die Einwilligung ersuchen, der diese Mißstände nicht beseitigt. Das freie Verfügungsrecht des einzelnen Arbeiters würde vernichtet, wenn die Kautabakarbeiter Nordhausens nicht energisch daran gingen, Mittel und Wege zu suchen, um diesen Schlag zu parieren.

Kollegen! Dazu stehen uns Mittel genügend zur Verfügung. Wir könnten jetzt schon an das konsumierende Publikum um Hilfe uns wenden, wir wollen aber zunächst das loyalste Mittel wählen und führen darum mit dem heutigen Tage einen

Arbeitsnachweis der Kautabakbranche Nordhausens

ein. Dieser soll verhindern, daß das regellose Angebot von Kautabakarbeitern die Unternehmer in ihrem Vorhaben unterstützt. Die Herren Fabrikanten sollen sich in Zukunft daran gewöhnen, ihre Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis zu beschaffen. Jeder Kautabakfabrikant hat ein Schreiben erhalten, in welchem er ersucht wird, bei Bedarf von Arbeitern sich an den Nachweis zu wenden.

Kollegen! Es liegt in Euerem eigensten Interesse, jetzt den Bezug von Nordhausen fernzuhalten. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl! Möge sich jeder einzelne verpflichten, sobald er das Bedürfnis hat, nach hier überzufriedeln, nicht früher in die Mauern Nordhausens einzufahren, bevor er sich an untenstehende Adresse um Auskunft gewandt hat.

Hoch die Solidarität!

Mit kollegialischem Gruß

Das Bureau des Arbeitsnachweises. Alle arbeiterfreundlichen Blätter sind um Abdruck gebeten.

Rundschau.

Die Unerfälllichen. Einen Kartoffelzoll verlangt wieder die Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Der Brotwucher genügt noch nicht. Selbst vom schlechten Surrogat, womit der Arbeiter sich kümmerlich füttern muß, wollen die Unerfälllichen ihren Wuchertribut.

Die Zahl der gewerblichen Streitigkeiten beim Berliner Gewerbegericht ist in den letzten Jahren trotz Zunahme der Bevölkerung wie der gewerblichen Unternehmungen Berlins nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar zurückgegangen. Diese nicht in Berlin allein, sondern auch in verschiedenen anderen Städten beobachtete Erscheinung ist in den Geschäftsberichten des dortigen Gewerbegerichts teils darauf zurückgeführt worden, daß die Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen größer geworden sei und die Leichtfertigkeit der Prozeßführung abgenommen habe, zum Teil auch darauf, daß — gleichfalls infolge besserer Gesetzeskenntnis — zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern festere Arbeitsbedingungen als früher vereinbart würden. Die erste genannte Ursache wird auch in dem neuesten, das Jahr 1899/1900 behandelnden Bericht wieder angeführt, daneben wird aber auch darauf hingewiesen, daß gleichzeitig durch die Erweiterung der Kompetenz der Zünfts-Schiedsgerichte eine Verminderung der gewerblichen Streitigkeiten vor dem Gewerbegericht bewirkt wird.

Gewerkchaftliches.

Dröy. Der Bezug nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Adolf Tendinger Lohndifferenzen bestehen. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Oberhausen. Hier bestehen Lohndifferenzen, deshalb ersuchen wir, Bezug fernzuhalten.

Röln. Bei der Firma Minderopp, Tabak- und Cigarrenfabrik, Kartäufergasse, sind Differenzen ausgebrochen. Ursache: Lohnabzug von 50 bis 90 Pfg. pro 1000 Cigarren. Dieser Abzug bedeutet für die Arbeiterinnen — männliche Arbeiter beschäftigt die Firma, deren Inhaber in Ruhe großer Frömmigkeit stehen und des öfteren große Beträge an Wohltätigkeitsanstalten überwiesen, überhaupt nicht — einen Lohnausfall von 1,50 bis 2,50 Mk. pro Woche. Als den Arbeiterinnen dieser Abzug angekündigt wurde, sandten sie eine aus vier Arbeiterinnen bestehende Kommission zu Herrn Minderopp. Die Kommission wurde jedoch nicht vorgelassen, dagegen erhielten die vier Arbeiterinnen durch den Meister ihre sofortige Entlassung. Bezug vorläufig fernhalten. Näherer Bericht folgt.

Achtung Kollegen der Kautabak-Branchen! Alle diejenigen Kollegen, die in Nordhausen in Arbeit treten wollen, haben sich vordem an untenstehende Adresse um Auskunft zu wenden. Sonst ist Bezug fernzuhalten.

W. Apel, Barfüßerstr. 12.

Sittorf. Bezug nach Sittorf ist streng fernzuhalten, da Differenzen ausgebrochen sind und mehrere Maßregelungen stattgefunden haben. Bericht folgt. Der Beauftragte.

Jöhlingen, Baden. Bezug nach hier ist streng fern zu halten, da ein Lohnabzug von 2,50 bis 3 Mark eintritt und außerdem vier Kollegen gemäßigelt worden sind.

Christliche Arbeiterfreunde. In Nees a. Rh. sind von den christlichen Fabrikanten eine Anzahl Mitglieder des christlichen Cigarren- und Tabakarbeiterverbandes wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemäßigelt worden.

Ein Redakteur für das von der Generalkommission der Gewerkchaften Deutschlands vom 1. April d. J. ab herauszugebende und in Posen vierzehntägig erscheinende Gewerkchaftsorgan in polnischer Sprache wird gesucht. Derselbe muß deutscher Reichsangehöriger und der polnischen, wie auch der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in gewerkchaftlicher Thätigkeit erfahren und zur völlig selbständigen Leitung des Blattes befähigt sein. Antritt zum 15. März 1901.

Nur solche Bewerber, die diesen Bedingungen genügen, wollen ihre Angebote bis spätestens zum 15. Febr. d. J. einsenden an die Generalkommission der Gewerkchaften Deutschlands, C. Legien, Hamburg 6, Marktstraße 15, II.

Zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung hat der Vorstand des Zimmerverbandes seinen Mitgliedern drei Entwürfe unterbreitet, die auf Grund der vom August 1899 bis Juli 1900 festgesetzten Erhebungen fußen. Die Erhebungen fanden nach folgender, von uns aber nicht gut zu heißender Methode statt: An einem bestimmten Tage jedes Monats hat das Mitglied auf bestimtem Mitgliedsbuche angefügten Blatte anzugeben, ob es an diesem Tage wegen Krankheit, Arbeitsmangel u. s. w. arbeitslos war. Die Beteiligung an

dieser Statistik belief sich durchschnittlich auf 12 991 Mitglieder. Der höchste Stand war 3495 (Februar), der niedrigste 169 (August), mithin war ein Durchschnittsstand der Arbeitslosigkeit von 1101. (Im Vergleich mit dem von uns gewonnenen Resultat ein ziemlich günstiger Prozentsatz.) Der Vorstand läßt die drei Wintermonate nun ganz außer Betracht und berechnet, daß in den neun Monaten von je 12 833 arbeitenden Mitgliedern 586 Arbeitslose = 4,5 Proz. anzunehmen seien. Bei weiterem Abzug der Unterstützung für die erste Woche und nach Ablauf der sechsten Unterstützungswoche blieben noch durchschnittlich 352 Unterstützungsfälle für 12 550 zahlende Mitglieder übrig, wofür eine Beitragserhöhung von 15,23 Pfg. pro Woche bei 1 Mk. Tagesunterstützung ausreichen würde. Damit sei die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung wenigstens für neun Monate des Jahres nachgewiesen und die oft gehörte Behauptung, daß dieselbe unerträglich hohe Beiträge erfordere, als nicht stichhaltig dargethan. — Die drei Entwürfe, die zur Diskussion gestellt werden, beziehen sich auf die obligatorische Einführung im vorerwähnten Maßstabe, auf die Unterstützung während des ganzen Jahres nach sechstägiger und ferner desgleichen nach zwölftägiger Arbeitslosigkeitsdauern. Bei jedem Entwurf sind zwei Lohnklassen (bis 4 Mk. und über 4 Mk. Tagelohn) vorgesehen. Der Mehrbetrag soll im Falle der Unterstützung vom März bis November (Höchstdauer 6 Wochen) 15 bzw. 20 Pfg., im Falle der Unterstützung während des ganzen Jahres (Höchstdauer 6 Wochen) 20 bzw. 25 Pfg. pro Woche betragen.

Die Steinarbeiter-Organisation in Dresden hat eine Zählung der Arbeitslosen ihres Gewerbes vorgenommen. Danach waren am 15. Januar insgesamt 307 Steinarbeiter zusammen 7293 Tage arbeitslos. In Arbeit fanden 195 Steinarbeiter und 75 Marmorarbeiter, 40 Mann waren krank, also gleichfalls arbeitslos, und 60 Mann lehnten die Beantwortung der gestellten Fragen ab; man kann wohl annehmen, daß die meisten dieser 60 arbeiteten. So hätte man 330 arbeitende und 347 arbeitslose Steinarbeiter am Orte. Eine Zählung aller Arbeitslosen dürfte vermutlich ganz erschreckende Zahlen geben. Um dem sichtsicheren Elend etwas abzuhelfen, gegen das die Behörden gar keine Maßregeln ergreifen, mandie sich das Gewerkschaftskartell, das schon die Initiative zur Errichtung der Wärmestuben ergreifen mußte, an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen, zur Unterstützung der Arbeitslosen Sammlungen veranstalten zu dürfen durch Aufstellung von Sammelbüchsen in Arbeiterlokalen. Ganz nach dem bekannten sächsischen Muster lehnte die Polizei kurzerhand die Erteilung der Erlaubnis ab. Es handelte sich bei dem Vorgehen des Kartells, so sagt die Polizei, nur um eine agitatorische Aktion zu parteipolitischen Zwecken. Habe doch das Kartell in der von ihm eingerichteten Wärmestube auch — nicht allein — sozialdemokratische Blätter ausgelegt. Auf die paar Arbeitslosen kommt's ja nicht an, wenn nur die „Agitation“ verhütet wird.

Ein dänischer Polizeikommissar über die Gewerkchaften. Der Polizeikommissar (Politikaufmächtig) Aug. Goll hat zwei sehr interessante Abhandlungen über „Verbrechen und deren Ursachen“ und über „Verbrechen und deren Verhütung“ geschrieben, die zuerst in der Dansk Tidsskrift erschienen, nun in einem Sonderabdruck vorliegen.

Von der Thatsache ausgehend, daß gute wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, ausreichende Wohnung und gute Erziehung, vor allem ein gutes „Heim“ das wichtigste Mittel zur Verhütung von Verbrechen ist, fährt der Verfasser fort: „Der Zusammenschluß der Standesgenossen schafft diesen ein Heim, wo sie sich als Herren fühlen und ihren Interessen dienen können. Durch den Zusammenschluß wird die gegenseitige Kontrolle geschaffen, die den Schwachen stützt, die gegenseitige Hilfe in schwierigen Situationen und die gegenseitige Achtung, die für jeden einzelnen ein Schatz ist, der ihm nötiger ist, als manches andere. Das waren die besten Seiten der wohlbekanntesten Organisationen der alten Zeit, das ist der soziale Nutzen der großen Fachorganisation der Jetztzeit, dieser Organisationen, die allmählich mächtige Gesellschaftsschichten unter ihre die Gesellschaft beschützenden Flügel gebracht haben, Bevölkerungsschichten, die, wenn ihre Bestandteile isoliert sind, einen großen Prozentsatz von Verbrechen liefern.“

Daß diese Organisationen hier eine Mission haben und im stande sind, diese durchzuführen, hat die gesetzmäßige Haltung der fachorganisierten Arbeiter während der großen Ausperrung 1899 bewiesen, beweist ihr ruhiges Auftreten überall, wo sie korporationsweise vorgehen, und daß sie auf einem wichtigen antiriminellen Gebiet, dem der Kindererziehung, in der rechten Weise arbeiten, beweist die Thatsache, daß deren Mitglieder vor allem dafür sorgen, daß ihre Kinder regelmäßig den Unterricht besuchen, den ihnen die Gesellschaft bietet, und dahin wirken, daß derselbe vermehrt und verbessert wird.“

Die Vereinianna der Cigarrenmacher auf Gegenseitigkeit

in London veröffentlicht unter dem 5. Januar 1901 folgenden Entwurf einer Pensionskasse für das höhere Alter.

Nach Verlauf von 28 Tagen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung wird Herr Senten folgenden Antrag stellen:

Daß ein Pensionsfonds durch wöchentlich zu erhebende Beiträge für das höhere Alter gegründet werde, um Mitglieder zu unterstützen, die durch hohes Alter oder Gebrechlichkeit außer stande sind, ihrer Beschäftigung nachzugehen.

Jedes männliche Mitglied dieser Genossenschaft soll

aufser seiner wöchentlichen Beisteuer einen Penny pro Woche bezahlen, welcher Betrag dazu verwendet werden soll, einen Separatfonds zum Zwecke einer Pension zu gründen. Geht ein zahlendes Mitglied der Arbeit verlustig, bleibt es solange von der Beitragsleistung befreit, bis es Arbeit erhält.

Die Beiträge sollen unter denselben Bedingungen eingezahlt werden, wie die gewöhnlichen Beiträge zur Trade Society.

Jedes Mitglied soll berechtigt sein, aus dem Pensionsfonds Unterstützung zu beziehen, wenn es zur Genüge dardurch kann, daß es durch Krankheit oder sonst etwas unfähig gemacht ist, seiner Beschäftigung nachzugehen und daß es seit mindestens 25 Jahren Mitglied der Trade Society (Verufsgenossenschaft) gewesen ist, worauf ihm dann für den Rest seines Lebens das folgende ausbezahlt wird:

| | |
|--------------------------------------|------------------------|
| für 25 Jahre und nicht über 30 Jahre | 4 Schillinge pro Woche |
| " 30 " " " " " | " 5 " " " " |
| " 35 " " " " " " | " 6 " " " " |

Das obige wird gewährt, vorausgesetzt, daß der Pensionsfonds nicht weniger als 400 £ (8000 Mk.) enthält; sollte aber der Fonds unter diesem Betrage stehen, so wird der Anteil pro Woche auf Sixpence (50 Pfg.) von den obenerwähnten Summen für je 50 £ (1000 Mk.) oder auf soviel davon reduziert, als der Fonds unter dieser Summe steht; der volle Anteil wird nicht eher ausbezahlt, als bis der Fonds diesen Betrag erreicht hat.

Jedes Mitglied, das die Pension beansprucht, geht aller anderen Vorteile aus der Cigar Makers' Mutual Association verlustig, ausgenommen die für den Tod seiner Frau oder seinen eigenen Tod bewilligte Summe. Sollte er die Arbeit wieder aufnehmen, so ist er von dem Anspruch an die Pension ausgeschlossen.

Der Verwaltungsrat der Mutual Association soll der Verwaltungsaufsicht des obigen Fonds sein. Er soll alle Gesuche annehmen, und Zuwendungen im Einklang mit dem Gesetz bewilligen. Der Gesuchsteller soll zu allen Zeiten im stande sein, sich an die Genossenschaft zu wenden, wenn er sich ungerecht behandelt fühlt.

Ein Vierteljahresbericht über Einnahme und Ausgabe soll veröffentlicht werden. Die Kosten der Verwaltung sollen nicht 10 Prozent des Gesamteinkommens übersteigen. Die Beiträge sollen zwei Jahre lang angesammelt werden, um einen Arbeitsfonds zu gründen.

Im Auftrage des Vorstandes:
St. Davis, Präsident. V. Cooper, Sekretär.

Berichte.

Zählung, Baden. Ein badischer Cigarrenfabrikant als Demokrat. Seit ungefähr vier Monaten läßt ein hiesiger Tabakhändler von einigen fremden Cigarrenmachern aus seinen Tabaken Cigarren herstellen. Das Geschäft ging sehr flott, nur schloß es noch an Arbeitskräften. Da wurde alles in Bewegung gesetzt, um Cigarren- und Wickelmacher herbeizuschaffen, auch dies gelang. Am Neujahr hatte das Geschäft seinen Höhepunkt erreicht und war die Zahl der Arbeiter auf 12 gestiegen. Der Herr sagte: Schafft mir, schaff mir, daß ich die Cigarren ablagern lassen kann, wenn auch Hunderttausend dastehen, das thut nichts. Seit Neujahr aber bemerkten wir bei Herrn Joseph Willwerth, so heißt der Fabrikant, eine ganz andere Laune. Man höre und staune: Am 12. Januar, Sonnabends, offenbarte er seinen arbeiterfreundlichen Geist, indem er erklärte, daß er von Montag ab für die Sorten von 7 Mark mit Wickel nur noch 4.50, und für die Sorten von 7.50 nur 5.— und 5.50 Mark zahle. Ein solcher Lohnabzug, das wird jeder verstehen, kommt einem indirekten Vorbehaltszuges gleich. Nicht weniger erstaunlich ist, daß er noch sagte, es brauchte keiner aufzuhören, er hätte Geschäft genug, aber es wäre doch bald anders gekommen, da er einen Teilhaber hätte. Wir ließen uns nicht darauf ein und bedeuteten ihm, daß wir in 14 Tagen aufhören und in dieser Zeit nach dem alten Lohnsatz gearbeitet wird. Als wir Montag zur Fabrik gingen und Willwerth fragten, wie er gesonnen sei, erklärte er uns, daß wir arbeiten könnten, aber nur von morgens 3—12 Uhr und nachmittags von 1—5 Uhr. Dabei bedenkete man den teuren Lebensunterhalt, der hier für Lebige pro Woche 10 Mark kostet. Wir ließen uns nicht darauf ein und ließen Herrn Willwerth direkt zum Bürgermeister rufen. Dort erklärte er zu einem verheirateten Kollegen, daß er weiterarbeiten könne und wir vier Lebige als entlassen erklärt wären, weil wir in der Fabrik geraucht hätten. Mit dem Rauchen war Willwerth selbst einverstanden gewesen, denn er sagte ja niemals etwas darüber und einmal ist er gekommen, um Probe rauchen zu lassen; in der Fabrikordnung ist auch nichts von Strafe oder Entlassung zu lesen. Aber der Herr will nur verheiratete und junge Leute vom hiesigen Orte zum Anlernen haben. Es arbeiten zur Zeit zwei verheiratete Koller und zwei Wickelmacher, was auf gutlichem Wege vermittelt ist. Herr Willwerth versucht jetzt alles mögliche, um uns ins Bodshorn zu jagen. Er läuft zu den Kostgebern und sagt, sie sollten den Cigarrenmachern nichts zu essen geben u. s. w. Die reisenden Kollegen Deutschlands mögen sich also hüten, dem Herrn zu helfen.

Honneburg. Am Montag abend, 14. Jan. 1901, fand im Bergschloßchen eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900; 2. Beschlüsse der diesjährigen Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt zur Zufriedenheit erledigt war, ging man zum zweiten Punkt über, worüber eine sehr lebhaft debattierte Sitzung stattfand. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf die Reiseunterstützung, Umzugsgelder und hohen Diäten. Bezüglich dieser drei Punkte sind die hiesigen Mitglieder mit den Beschlüssen nicht einverstanden. Den reisenden Kollegen ist die Unterstützung schon knapp genug bemessen. Außerdem war von verschiedenen Zahlstellen der Antrag gestellt worden, die Unterstützung in den Wintermonaten um 1 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen; aber die Herren Delegierten wollten jedenfalls recht sparsam zu Werke gehen und lehnten ganz einfach die Anträge ab. Durch die Beschränkung der Umzugsgelder ist mancher verheiratete Kollege gezwungen, an einem Orte zu bleiben, was er sonst nicht nötig hätte. Es kommen oft genug Entlassungen vor, die nicht als Maßregelungen angesehen werden können. Was nun anfangen? Wenn am Orte keine annehmbare Arbeit vorhanden ist und das Umzugsgeld vom Vorstand verweigert wird, so ist der Betreffende gezwungen, zum Lohnbrücker herabzuzufinken, wenn er mit seiner Familie nicht Hunger leiden will. Was nicht in diesem Falle der Verband? Wenn die Herren Delegierten anfangen wollten zu sparen, hätten sie doch erst bei sich anfangen sollen, indem nach Ansicht der hiesigen Kollegen 9 Mark pro Tag hoch genug bemessen war, um auszukommen. Wenn die Delegierten nicht genügend sind, warum sollen es die Mitglieder sein? Wir schließen uns in den obenangeführten Punkten den Dresdener Kollegen an und verlangen Urabstimmung.

Ellenburg. Am Montag den 7. Januar fand in Klinges Lokal eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Vorstandswahl; 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsartell; 4. Verschiedenes. Die Rechnung war von den Kontrollleuten geprüft und für richtig befunden und wurde unserem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Er hatte seine Arbeit pünktlich und prompt besorgt; beinahe sämtliche Reste, welche durch den vorigen Kassierer entstanden, waren eingeholt, nur bei einigen war es nicht möglich, Reste im Betrage von 5 bis 11 Mk. zu erlangen. In letzter Versammlung war ein Antrag gestellt worden, daß alle diejenigen welche über vier Wochen Rest haben, gestrichen werden.

Der Kollege, welcher voriges Jahr (1899) l. Bevollmächtigter war, war mit Antragsteller, hatte seinen Rest aber nicht beglichen. Auch hatte er sich insofern gegen die Organisation vergangen, als er einen Maurer 4 bis 6 Wochen lernte; derselbe lernt jetzt wieder. Dadurch wird doch die ganze Gewerkschaft geschädigt und dagegen muß Stellung genommen werden. Der 2. Punkt: Vorstandswahl, konnte nicht erledigt werden. Unter 22 Mitgliedern war es nicht möglich, einen l. Bevollmächtigten zu finden. Der jetzige legt sein Amt nieder. Es wurde der Antrag angenommen, die Vorstandswahl um 14 Tage zu versetzen. So stark wie diese Versammlung besucht war, hat man seit langem keine gesehen. Hoffentlich ist es jetzt mit dem flauen Besuch vorbei und ist die nächste Versammlung noch besser besucht, damit wir einen l. Bevollmächtigten finden.

Langwedel. Die heutige Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung von Mainz. In längeren Ausführungen beleuchteten einige Kollegen die zu stande gekommenen Beschlüsse. Ueber den Beschluß bezüglich der Umzugsgelder wird erwähnt, daß es die Generalversammlung für nötig hielt, unnötigem Umziehen vorzubeugen und dadurch Geld zu sparen; wieviel aber unnötig umgezogen und wieviel unnötige Ausgaben dem Verband entstanden sind, ist selbst von der Generalversammlung nicht festgestellt worden. Trotzdem ist aber ein Beschluß von derselben zu stande gebracht, der jeden, der in die Lage kommt, umzuziehen, bevormundet. Denn, wenn jemand einen Umzug freiwillig vornimmt, so hat er überhaupt nichts zu beanspruchen, und solche, die gezwungen sind, umzuziehen, sind ganz und gar von der Gnade der örtlichen Verwaltung sowohl wie vom Hauptvorstand abhängig. Einem Mitgliede, welches nicht die Günst der örtlichen Verwaltung genießt, ist es überhaupt unmöglich, Umzugsgelder zu erlangen, und keinem verheirateten Mann, dem an seiner Familie gelegen ist, wird es einfallen, wenn er arbeitslos geworden ist, so lange zu warten, bis der Vorstand in der Lage ist, ihn nach einer bestimmten Stelle zu dirigieren. Gerade diese Gründe sind es, welche am hiesigen Orte 8 Mitgliedern Veranlassung gaben, dem Verbandsrat den Rücken zu kehren, und noch dazu Mitglieder, welche Jahrzehnte hindurch dem Verbandsrat treu angehört haben. So wird es in anderen Zahlstellen auch aussehen, was nur der Verfall der einzelnen Paragraphen zu verdanken ist. Wenn der Verband nun nicht in der Lage ist, finanziell mehr zu leisten nach Ansicht der meisten Delegierten, und Sparsamkeit nach jeder Richtung hin gepredigt wird, dann haben doch auch gewiß die Delegierten allen Grund, am eigenen Leibe etwas zu sparen. Dann verstehen wir nicht, wie sie sich zum Teil zu Ausprüchen versteigen können, daß 10 Mk. pro Tag für das „Goldene Mainz“ wahrlich nicht zu viel ist. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, alle Mitglieder aufzufordern, dahin zu wirken, daß durch eine Urabstimmung alle die zu Unrecht bestehenden Beschlüsse beseitigt werden.

Weißenfels. Kollegen, da am 2. Februar eine Mitgliederversammlung in der Centralhalle stattfindet, erlaube ich Euch, doch wenigstens einmal alle zur Stelle zu sein. Es ist eine Schmach für die hiesigen Kollegen, daß die wichtigsten Vereinsfragen mit solcher Gleichgültigkeit behandelt werden. Darum, Kollegen, erscheint diesmal alle in der Versammlung, da sehr wichtige Sachen zu erledigen sind.

Hilf. Hier fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeitervereins statt, in der die Abrechnung für das 4. Quartal 1900 zum Vortrag gelangte. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung, Verschiedenes, sprachen mehrere Kollegen und bemängelten die Beschlüsse der Generalversammlung zu Mainz, besonders die Höhe der Diäten für die Delegierten, sowie die Beschränkung der Reiseunterstützung und der Umzugsgelder. Man schließt sich den Kollegen Dresdens betreffs einer Urabstimmung an.

Zeitz. Am Montag den 14. Januar fand eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Franziskanerkeller statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleure; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erstattet Kollege Rose Bericht über das 4. Quartal 1900. Hierauf teilen die Kontrollleure mit, daß alles in bester Ordnung gewesen ist, der Vorsitzende entlastet darauf den Kassierer. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Kollege Georgi, zum zweiten Bevollmächtigten Kollege Rose, zum dritten Bevollmächtigten Kollege Pollin einstimmig gewählt. Als Kontrollleure wurden Kollege C. Krause, C. Senf und H. Kolbe ebenfalls einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem wurde folgender Antrag gestellt und einstimmig angenommen: Die hiesige Zahlstelle solle sich mit der Dresdener Kommission behufs Herbeiführung einer Urabstimmung — 1. betreffs Festsetzung der Diäten auf 9 Mk., 2. die Generalversammlung alle 3 Jahre stattfinden zu lassen — in Verbindung setzen. Hinsichtlich der Diäten wurde angeführt, daß früher nur 7.50 Mk. gewährt worden seien und die Delegierten der Krankenkassen meistens nur 8 Mk. bekämen. Es könnten unsere Delegierten mit 9 Mk. auch zufrieden sein. Einwendungen, wie z. B., Abnutzung der Kleider u. s. w., schwächten den Ernst der Sache ab. Die Generalversammlung alle 3 Jahre stattfinden zu lassen, sei völlig angebracht. In 6 Jahren würde eine Generalversammlung gefordert und mit ihr mehrere 1000 Mk., welche zur Besserstellung des Verbandes Verwendung finden könnten. Die Gleichstellung der Generalversammlung mit der Legislaturperiode des Reichstages wurde als lächerlich bezeichnet. Sodann wurde noch bekannt gegeben, daß Sonnabend, 9. Februar, ein Tanzfranzöchen im Heiteren Bild stattfindet und alle Kollegen und Kolleginnen zahlreich erscheinen sollen.

Löbau. Am Montag den 14. Januar fand eine Besprechung der hiesigen Einzelmitglieder statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1900; 2. Verschiedenes. Bei der Abrechnung wurde der Posten: Kartell 5 Mark in Ausgabe bemängelt. Da bei der Schaffung des Kartells der Mitgliedsbeitrag pro Quartal und Mitglied auf 26 Pfg. festgesetzt wurde, die Einnahmen bei den Tabakarbeitern aber sich von Quartal zu Quartal verringerten, dadurch, daß sich einige Mitglieder brühten, wenn es zur Bezahlung der Beiträge kam, so sah man sich veranlaßt, beim Vorstand um Bewilligung von 5 Pfg. pro Mitglied und Quartal zum Kartellbeitrag zu eruchen. Dies wurde bewilligt, aber von der Veranlassung wurde beschlossen, diesen Beitrag vom Vorstand nicht mehr in Anspruch zu nehmen; die Mitglieder können den Betrag von 26 Pfg. pro Quartal doch allein aufbringen. Sollte es einem Mitgliede zu schwer fallen, auf dreimal Einholen 26 Pfg. zu zahlen, so ist der Delegierte gern bereit, pro Woche 2 Pfg. einzubehalten von diesen Mitgliedern. Es muß sich doch jedes Mitglied sagen, daß das Kartell einen Nutzen hat. Bei diesem Punkte konnte auch gleich die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsartell an Stelle des aus dem Verbandsrat ausgesetzten Mitgliedes Hierisch vorgenommen werden; das Resultat war die Wahl des Mitgliedes R. Bogt. Beim 2. Punkte kam der Antrag Dresdens zur Urabstimmung über die Beschlüsse der Generalversammlung zur Sprache. Es ergab sich die Annahme der Resolution: „In Anbetracht der Beschlüsse der letzten Generalversammlung schließen sich die Mitglieder der Zahlstelle Löbau den Beschlüssen der Dresdener Kollegen betreffs Urabstimmung über Umzugsgelder, Reiseunterstützung, sowie Festsetzung der Diäten und Abhaltung der Generalversammlung aller zwei Jahre an.“ Das Bureau hat sich mit Dresden in Verbindung zu setzen. Nachdem noch einige persönliche Reibereien erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Zu bemerken wäre noch, daß die Versammlung besser hätte besucht werden können. Aber die Mitglieder scheinen es nicht der Mühe wert zu halten, die paar Schritte zu machen, um an den Versammlungen teilzunehmen. Ist man einmal Mitglied, so soll man auch ein ganzes Mitglied sein und nicht so nebenher laufen als Mitglied, womöglich indifferent als ein Nichtmitglied. Hoffen wir, daß die nächsten Versammlungen besser besucht sind.

Litterarisches.

Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben. Zusammengefaßt im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von Th. Suft in Chemnitz. 72 Seiten 8°.

Preis 50 Pfg. (Mitglieder der Gewerkschaften können die Schrift zum Preise von 20 Pfg. durch ihre Organisation beziehen.) Die Schrift soll die Arbeiterschaft über die Organisation der Arbeiterversicherung und die Wahlen der Vertreter der Versicherten unterrichten und Veranlassung zu einer regeren Beteiligung an diesen Wahlen geben, als sie sich bisher gezeigt hat.

Jean Jaures und Jules Guesde, Zum Bruderzwist in Frankreich. Zwei Reden über die Taktik der Sozialdemokratie, gehalten zu Lille am 27. November 1900. Uebersetzt von Dr. Albert Südekum. Verlag der Sächsischen Arbeiterzeitung in Dresden. 32 Seiten 8°. Preis 30 Pfg.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 16. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tanz auf der mittleren Linie. — Geist in der Kunst. Von Joachim Woll. 2. Die bürgerliche Kunst. — Die sozialistische Krise in Frankreich. Von Rosa Luxemburg. — Das Kommunalprogramm für Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg. Von Fanny Jmle. — Die deutschen Herbergen zur Heimat. Von Hans Dittwald. — Litterarische Rundschau: Richard Whiting, Nr. 5 John Street. Max Messer, Der Traum vom Weibe. Dr. Jul. Reichenberg, Bern, Die sozialen Aufgaben und Leistungen der Gemeinden.

Veranstalt.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslotal: Hamburg-Blumenhörn, Mozartstr. 5, I.

| Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen: | | Zuschüsse an die Ortsverwaltungen: | |
|---|-------|--|-------|
| Hodenheim | 300.— | Halle a. S. | 100.— |
| Gundelsheim | 150.— | Jülich | 100.— |
| Hildesheim | 80.— | Nedarhausen | 150.— |
| Karlruhe | 50.— | Nordhausen | 100.— |
| Wolgast | 100.— | Summa M 450.— | |
| Ditzen | 300.— | | |
| Schappach | 100.— | Durch die Hauptkasse erhaltenen Krankengeld: | |
| Canstatt | 100.— | Frau Maier, Döbel | 6.60 |
| Langwedel | 100.— | W. Friedland, Brouderode | 25.20 |
| Woltersdorf | 50.— | F. Ziegler, Glaudaun | 15.— |
| Hess-Oldendorf | 25.— | H. Kretzmer, Sagan | 17.50 |
| Weißenfels | 75.— | W. Rief, Borna | 12.60 |
| Summa M 1430.— | | Frau Schuster, Harpersdorf | 6.60 |
| | | A. Müller, Borna | 10.80 |
| Sterbefälle: | | J. Heichen, Neumünster | 15.— |
| Hildesheim | 6.45 | Gg. Keller, Freiberg | 11.85 |
| Groß Nubheim | 1.80 | A. Abel, Bozenburg | 8.— |
| Tannstatt | 11.96 | Summa M 129.15 | |
| Summa M 20.21 | | | |

Berichtigung. Zu Nr. 3 muß es nicht Hamm, sondern Hanau heißen.

Hamburg, den 21. Januar 1901.

H. Otto.

Beigetretten sind: In Gummingen: F. Merkel, E. Probst, G. Dugler, H. Siegritt, Ida Sillmann, Marie Freyer, Frida Hafner, Elise Zimmermann, Ida Huber, sämtlich aus Gummingen, Emma Wollspurger und Christine Steiger aus Winderreuth, Friederike Schwanz, Marie Hug und Luise Stolzenberger aus Mündingen, Karoline Lange, Lina Watter aus Keuzingen, A. Bipse aus Malterdingen, K. Deströcker aus Schornborn, Karoline Heitemann aus Siebenzell. Adr.: K. Sillmann, Weiden 227. Gundelsheim: E. Krante, Aug. Krante, R. Wirsching, Mathilde Schmidt und Josephine Klamm aus Gundelsheim, K. G. öfkinshy aus Wittingen, A. Zimmermann und A. Sperrfetter aus Wadenau. Adr.: Th. Zell, Wittingen b. Gundelsheim. Walsch: F. Groß und F. Hemberger aus Walsch. Adr.: Joh. Heinzmann, Wöhringen b. Stuttgart; A. Metz aus Vorsh (s. R.). Adr.: Lud. Köhler, Osterode a. S.; Lina Neuse aus Freibitz. Adr.: A. Stip, Freiheit v. D. Nr. 28. Offensen: H. Giebel aus Wörstedt, H. Wilmann aus Aalborg und W. Teufel aus Schwagau. Adr.: E. Eillen, Lagerstr. 11 a, port. Schönlanke: B. Magdanz, C. Jantow, W. Hellwig und Anna Hilobrandt aus Schönlanke, A. Merduske aus Jaitrow, Adr.: W. Klotz, Gartenstr. 23. Jülich: D. Stolze aus Schwiebus. Adr.: H. Klenke, Tuchmacherstraße 171.

Hamburg, den 21. Januar 1901.

H. Senz.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender. Bremen, Martinistr. 4, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistr. 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Martinistr. 4, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Die Bevollmächtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, auf den Quartalsabrechnungen die Mitgliederzahl, sowie auch die Zahl der bezogenen Tabakarbeiter anzugeben.

Da Louis Wiele, zur Zeit in Haft, beschuldigt wird, vor mehreren Jahren in Langwedel während des Streiks die Arbeit aufgenommen zu haben, erklären wir auf Antrag des Genannten, daß nach den von uns eingeholten Erkundigungen obige Beschuldigung auf Unwahrheit beruht.

Die Bevollmächtigten und sonstigen Kollegen, die die Adresse der Crescenz Brauer, zuletzt in Augsburg, kennen, werden ersucht, uns dieselbe mitzuteilen.

Die Angelegenheit Paul Langner aus Breslau ist erledigt. Das Buch braucht nicht eingezahlt zu werden.

Die Mitglieder F. Albrcht, Buch Ser. II, 03415, und H. Lampe, Buch Ser. III, 03603, sind ohne Abmeldung von Bandscheid abgeei. Dieselben haben 1 Mk. Strafe zu zahlen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 15. bis 21. Januar 1901 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

| A. Verbandsbeiträge: | |
|------------------------------------|-------|
| 13. Januar. Frankenstein | 50.— |
| 14. Feine | 30.— |
| " Kattfanten | 89.65 |
| " Köppelsdorf | 20.— |
| " Dittow | 30.— |
| " Koburg | 25.— |
| " Woltersdorf bei Eckner | 60.— |
| " Goslar | 100.— |
| " Scharmbeck | 100.— |
| " Vranenburg | 300.— |
| " Mühlberg a. E. | 60.— |
| " Zeitz | 10.— |
| 15. Heuchelheim | 70.— |
| " Nordhausen | 400.— |
| " Heterfen | 40.— |
| " Langwedel | 100.— |
| " Wittlich | 65.— |
| 16. Hanau | 150.— |

| | |
|--|-------|
| 17. Dresden | 300.— |
| 18. Bremen (H. Langner) | 4.68 |
| „ Zerbst | 40.— |
| „ Ronneburg | 40.— |
| „ Bergedorf (H. Busch) | 46.10 |
| 19. Salza | 250.— |
| „ Prenzlau | 100.— |
| „ Tannenbergl | 60.— |
| 20. Rauen | 100.— |
| „ Schwedt a. D. | 100.— |
| B. Freiwillige Beiträge: | |
| 14. Woltersdorf bei Erner, D. Herrmann | 14.50 |
| 15. Brandenburg, C. Kraus | 15.— |

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
Erfolge die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.
Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen, den 21. Januar 1901. W. Nieder-Wesland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:
Für Bremen: Heint. Siemer als Kontrollleur.
Für Coburg: Ehr. Böning als 1. Bev., Georg Geisel als 2. Bev., Georg Seibrich als 3. Bev.; Eva Schulz, Rosine Heuring, Anna Reich als Kontroll.
Für Erlangen: Emil Bollmann, Klosterplatz 8, als 1. Bev., Für Hildesberg: Oskar Bösch als 1. Bev., Ana. Pophold als 2. Bev., Franz Kramer als 3. Bev.; Herm. Hippold, Otto Weierlein als Kontrollleur.
Für Friedberg: Fritz Kühn, Paul Wacker, Heint. Hofbauer als Kontrollleur.
Für Heidelberg: Joh. Köhler als 2. Bev.
Für Heilbronn: Joh. Hammer als 1. Bev., Karl Weixner als 2. Bev., Wihl. Kern als 3. Bev.; Ernst Proff, R. Vogelmann, G. Feiner als Kontrollleur.
Für Jadenburg: Georg Stoll als 1. Bev., Moiss Berlinghof als 2. Bev., Jos. Schornegg als 3. Bev.; Gust. Bechtold, Heint. Schornegg als Kontrollleur.
Für Kempten: Guido Diekmann als 1. Bev.
Für Kempten: L. Eggert als 1. Bev., W. Schlichter als 2. Bev., H. Mittelmeier als 3. Bev.; A. Albertmeyer, Heint. Schröder als Kontrollleur.
Für Kempten: Paul Weinert als 1. Bev., Aug. Egerling als 2. Bev., Herm. Ude als 3. Bev.; Louis Wielert, Aug. Rose, Moiss Finster als Kontrollleur.
Für Kempten: Herm. Bruns als 1. Bev.
Für Kempten: Karl Nolte als 1. Bev., Herm. Fahrenbach als 2. Bev., Karl Franz als 3. Bev.; Wihl. Landgraf, Franz Werner Luise Klee als Kontrollleur.

Provisorisch aufgenommen sind:
Wihl. Schoendorf aus Holzhausen. (274)
Klara Masur geb. Heintzmann aus Waldenburg, Alfred Klose aus Krieteren b. Breslau, Heinrich Meißel aus Etzigau. (302)

Philipp Schmidt, Bernh. Vogel, Emil Herber, Heint. Doser, Jakob Braun, Anna Ditsch, Barbara Rausch, Klara Schön geb. Kilian aus Speyer. (332)
Herm. Bernau, Ottike Schulz aus Schwedt. (335)
Herm. Weustink aus Grasdorf (z. N.). (316)
May Lehner aus Dresden, Emma Wolff aus Nieder-Würzgersdorf. (67)
Franz Machalz aus Erner. (358)
Albert Hildebrand aus Nordhausen. (88)
Otto Streich aus Friedberg (z. N.), Gulda Märker aus Wolgast, Julius Potkmarkt aus Schönlake (z. N.). (453)
Fr. May Schulz, E. May Helbig, Otto Trinks, J. G. Bader, Alma Hofmann, Martha Schulz, Rob. Böhm, Auguste Fied, Emil Nerge, Auguste Seifert, Lina Jhle aus Frantenberg, Otto Bruno Schner aus Mühlabach, Anna Weber aus Chemnitz, Heint. Hagemayer aus Heide, Emilie Rothe aus Hainichen, Bertha Küttner aus Delitzsch, Gust. Jshunte aus Krumbach, Paul Winter aus Marienberg. (100)
C. Diers (z. N.), F. Hölcher (z. N.), W. Kofing (z. N.). (359)
Paul Geride, Otto Germersdorf aus Dahme, Gust. Stelger aus Jagelsdorf. (68)
Adolf Hader aus Wolfach, May Ziegelmeier aus Renchen, Luise Hoch geb. Ruf aus Walterdingen. (256)
Luise v. Felten aus Harburg, Agel Rudolf Rumbin aus Kopenhagen (z. N.). (144)
Emilie Müller, Klara Müller, Frida Uterstädt, Aug. Fleischhauer, Marie Schlehtenes, Barbara Kleinert, Meta Sehl, Anna Danz, Bertha Pidel, Meta Seifert, Emilie Meientranz, Ida Böhm, Anna Sauer, Antonie Gensler, Frida Sora, Lina Sehl, Lina Kirchner, Klara Pidel, August Bräuning, Fritz Stegner, Thessa Jung, Frida Hemig, Hulda Schled, Olga Mide, Meta Hilbert, Theresie Heim, R. Herpst, Lina Meientranz, Herm. Schädel. (411)
Wihl. Wendert aus Gandersheim, Otto Koch aus Bornhausen. (310)
Heint. Meyer aus Mündelheim. (193)
Elise Rensch aus Kupfloh. (435)
Meta Ordemann geb. Drewes aus Bremen (z. N.), Franz Neuwirth (z. N.), Frau Wehmann geb. Ehlers aus Bremen (z. N.). (34)
Fritz Krüger aus Landsberg a. W. (196)
Arthur Silbermann aus Rodlich. (362)
Theresie Friedrich geb. Göse aus Modrich. (343)
Anna Kappert geb. Fürttenow aus Zitterboog. (166)
Wihl. Ditzig aus Steindorf (z. N.), Aug. Wobst aus Nieder-Neukirch. (37)
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.
Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:
In Kempten: Bei W. Schlichter jun. Nr. 138, zu jeder Tageszeit.
Adressenänderungen:
Für Kempten: Die Adresse des 1. Bev. ist Paul Weinert, Braunschweiger Straße. — Allen von auswärtig nach hier zahlenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Adresse des 2. Bev. ist August Eggeling, Lange Str. 229.

Mitgliederversammlungen.
(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Spremburg:** Sonnabend den 26. Januar abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Paul, Zehligstraße. Tagesordnung: 1. Steuer- einziehung. 2. Abrechnung. 3. Bericht vom Kartell und Wahl der Delegierten zu demselben. 4. Verschiedenes.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Erlangen-Heilsbrunn:** Sonntag den 27. Januar nachm. 3 Uhr in der Brauerei Erlangen. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Hil:** Sonntag den 27. Januar nachmittags 5 Uhr in den Central-Hallen, Alte Reihe 4/8. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Oerlinghausen:** Sonntag den 27. Januar nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn A. Kiewald. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Heilich:** Montag den 28. Januar abends 8 Uhr im Lokale des Herrn A. Behrend. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Verschiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Delitzsch:** Montag den 28. Januar abends 8 1/2 Uhr im Lindenhof. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Goth:** Montag den 28. Januar abends 8 1/2 Uhr. Tages- ordnung: Besprechung und Wahl des in Vorschlag zu bringenden neuen Vorstandes. — Die Mitglieder wollen bis dahin ihre Beiträge entrichten, widrigenfalls Streichung erfolgt.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Leisnig:** Montag den 28. d. M. abends 7 1/2 Uhr bei G. Schulze. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
3. A.: Der Vertrauensmann.
In **Quisburg:** Sonnabend den 2. Februar abends 8 1/2 Uhr bei Meiser, Unterstr. 75. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung, 2. Ab- rechnung vom 4. Quartal. 3. Wahl der Kontrollleur. 4. Verschiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Weißfels:** Sonnabend den 2. Februar abends 8 1/2 Uhr in der Centralhalle. Tagesordnung wird in der Versammlung be- kannt gegeben. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Goldberg:** Sonntag den 3. Februar nachmittags 3 Uhr im Gasthof zum neuen Hause. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Ver- schiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Lemgo:** Sonntag den 3. Februar nachmittags 2 Uhr bei Georg Lübbe, Breite Str. Tagesordnung: 1. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleur. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. A.: Der Bevollmächtigte.

Pasewalk. Den reisenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß sich die Herberge von jetzt an Klosterstraße 10 bei C. Herzog befindet. Wir bitten die Reisenden, nur die von uns hier angegebene Herberge zu benutzen.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
Rehme. Diejenigen Mitglieder, die ihre Beiträge für das 4. Quartal noch nicht beglichen haben, werden erucht, dieselben bis zum 4. Februar zu begleichen.
3. A.: Der Bevollmächtigte.
Seesen. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Auszahlung Stetes Lager von ca. 15 000 Formen in allen Facons. Preisverzeichnis auf Wunsch kostenlos sofort.
3. A.: Der Bevollmächtigte.

Rohtabak.
Große Auswahl. Billigste Preise.
Sumatra-Decker, pr. Pfd. 1.50, 1.80, 2.—, 2.20, 2.50, 2.75, 3.—, 3.25, 3.50, 4.—.
Sumatra-Umblatt, pr. Pfd. 1.10, 1.20, 1.50, 2.—, 2.25.
Java-Decker, pr. Pfd. 1.50, 2.—, 2.25.
Java-Umblatt, pr. Pfd. 0.90, 1.—, 1.20.
Java-Einlage, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.85.
St. Felix-Brasil, pr. Pfd. 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.50, 1.80, 2.40.
Domingo-Umblatt, pr. Pfd. 0.85, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20.
Carmen-Umblatt, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20.
Seedleaf-Umblatt, pr. Pfd. 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30.
Gemischte Einlage, nur aus überseeischen, gefunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. 0.70, 0.75, 0.80, 0.85.
Versand unter Nachnahme.
Credit nach Uebereinkunft.
Brandt & Sohn
Bremen, Breitenweg 30.

Rohtabak!
Große Auswahl! Billigste Preise!
Als ganz besonders und preiswert empfehle:
Java Decker, hell und reinfarbig; 2. Länge Voll- blatt, hartes zugestrichenes Gewächs, schneeweißes Brand 130 g, Umblatt 100 u. 105 g, Einlage und Umblatt 80 g.
Brasil Umblatt und Einlage, 1895er Ernte, hochfeine Qualität 115 g, Decker, elegante braune Farben, schneeweißes Brand 160 g.
Carmen, Prima, trockne, reife, großblattige Ware, tabellos im Brand 105 u. 110 g.
Domingo A, tabellos im Brand 80 g, F 90 g, FF 100 bis 110 g.
Java Cuba, Umblatt und Einlage, Qualität wie Havanna, tabellos im Brand 120 g.
Sumatra Decker und Umblatt, ganz besonders zu empfehlen, feines Deli-Gewächs, zugest und flott im Brand 110 g, sowie bessere Sumatra- Decken von 150 bis 350 g in allen Farben und Längen.
Gemischte Einlage, nur überseeischer Tabak, gesund und sehr blattreich 75 g.
Breite verstehen sich verzollt.
Versand nur gegen Nachnahme.
Bedienung reell und prompt.
J. H. Koopmann, Bremen.

Rohtabak!
Sumatra 120, 160, 200, 220, 240, 250, 280, 300 g. Java-Decker 160, 200 g. Umblatt und Einlage 80, 100, 110 g. Seedleaf 85, 95, 105 g. Carmen 80, 95, 100 g. Domingo FF 100, F 90, A 85 g. Mexiko 240 bis 325 g. Havanna Querten, prima Qualität, 220, 280 g. Brasil 90, 100, 110, 120, 130, 150, 160, 170, 200 g. Gemischte lose Blätter, nur überseeischer Tabak 75, 80 g. Preise verzollt.
Ad. Umbach, Bremen, Calvinstraße 41.

Rohtabak.
Havanna 1.80, 2.—, 2.40, 3.— bis 10.—.
Mexiko 1.50 bis 4.—. Sumatra 1.20, 1.30, 1.40 bis 2.—, 2.20, 2.40, 3.— bis 5.—. Java Umblatt 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30. Java Deckerblatt 1.40 bis 3.—. St. Felix Brasil 1.—, 1.10, 1.20, 1.30, 1.40 bis 3.—. Paraguan 0.90, 1.—. Domingo von 85 g bis 1.30. Seedleaf 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30, 1.50. Carmen 1.—, 1.10, 1.20. Rosgut, rein amer. Tabak, per Pfd. von 0.85 bis 1.—. Gefäßer reines Umblatt 0.85. Mecker 0.75 u. 0.80. Grus 0.90. Geschn. Java u. Brasil 0.85. Kein geschn. Brasil 1.—, 1.10. Geschn. Stengel 0.35.
Sämtliche Preise per Pfund verzollt.
Bei Bestellung von Deckerblatt eruche um Angabe der Farben.

Hengloss & Maak
Altona-Ottensen.
Fernsprecher 1463. Fernsprecher 1463.
Sumatra!
Höchste Deckkraft, weißer Brand, per Pfd. nur 2.30, 2.60, 2.80 Mk. und höher; alle anderen Tabake zu Bremer Preisen empfehle.
Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Straße 3a.

Aussergewöhnliche Gelegenheits-Offerte.
Ca. 50 Centner Havana Einlage pro Pfd. 75 Pfg. verzollt Netto Kaffe.
Probe-Post-Collis unter Nachnahme.
H. Edling, Bremen.
Prima deutsche lose Blätter, 1897er Ernte, guter Brand, per Pfund verzollt 60 Pfg.
Prima Prima deutsche lose Blätter, 1895er Ernte, tabellofer Brand, per Pfund verzollt 65 Pfg.
Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.10 Mk.
Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verzollt 1.30 Mk.
Sumatra, 1 1/2 Pfd. Decken, ganz hell, feine Farben, guter Brand, per Pfund verzollt 2.45 Mk.
Außerdem sämtliche anderen Tabake in jeder Preislage und stets preiswert.
Größtes Cigarrenwidelformen-Lager Deutschlands. Stetes Lager von ca. 15 000 Formen in allen Facons. Preisverzeichnis auf Wunsch kostenlos sofort.
L. Cohn & Co., Berlin N.
jetzt Brunnenstraße 24.
Rohtabak-Handlung. — Fabrik in vollständigen Einrichtungen für Cigarren-Fabriken u. -Geschäfte.

Rohtabak
Cigarrenfabriks-Utensilien.
W. Hermann Müller
Berlin O. Alexander Str. 22.
Billigster Einkauf.
Credit nach Uebereinkunft.

Achtung, Kollegen.
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake gut in Brand und Qualität.
181 Sebastian Gröbel 181
Berlin N., Brunnenstr. 181
Karl Rese, Bremen
empfiehlt alle Sorten
Rohtabake
billigst.

Cigarrenarbeiterin oder Widelmacherin
welche gute Handarbeit machen kann und die häus- liche Wirtschaft mit zu beforgen hat, gesucht.
Respektierende wollen sich schriftlich wenden an **Friedrich Bruder, Cigarrenarbeiter, Brema** (Bez. Halle a. S.), Markt 2.

Ein tüchtiger verb. Cigarren-Arbeiter
sucht dauernde Arbeit auf Hand- oder gute Formen- arbeit, am liebsten in Hamburger oder Bremer Gegend. Gefällige Offerten sind zu richten an **Harri Delmi, Sittorf a. Rh.**

Junger solider Cigarren-Arbeiter
auf alle Facons eingearbeitet, sucht dauernde Arbeit, am liebsten wo Widel gefertigt werden. Auskunft erteilt **Paul Woike, Stargard i. Pommern, Kl. Wall 4.**

Ein ordentlicher lediger Cigarrenmacher
sucht dauernde Stellung, am liebsten wo Widel gefertigt werden. Offerten sind zu richten an **Wilhelm Schmidt, Ruskau, O.-S., Fabrik Stegler.**

Ein tüchtiger Kistenmacher
mit allen Arbeiten vertraut, sucht dauernde Stellung. Offerten unter **M. H.** an die Exped. d. Bl.

Der Cigarrenarbeiter und Sortierer **Wilhelm Ulrich** aus Leipzig wird aufgefordert, seine Abreise wichtiger Angelegenheiten wegen an **H. Neubaus, Weissenfels, Promenadengasse 3**, einzufinden. Die Bevollmächtigten werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Unseren Freunden und Kollegen **Richard Hoffmann** aus Wittenwalde zu seinem am 22. Januar und **Georg Mohr** aus Altona zu seinem am 26. Januar stattgefundenen Wiegens- feste die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen
der Jülichischen Cigarrenfabrik, Storkow.
Meinem Freund und Kollegen **Martin Grim** aus Werwangen in Baden zu seinem am 29. Januar stattfindenden 24. Geburtstage ein 999mal donnerdes Hoch.
Dein Freund und Kollege
Hermann Schnelle, Osterfeld, Bezirk Halle.
Unserem Freund und Kollegen **Gustav Lüdike** zu seinem am 29. Januar statt- findenden 28. Wiegensfeste die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Unserem Kollegen **Paul Müller** aus **Wausen** und seiner Braut **Anna Jung- nickel** aus **Strelitz** zu ihrem am 26. Januar stattfindenden Hochzeitsfeste die besten Glück- und Segenswünsche.
Das vaterländische Heerblatt.

Codes-Anzeigen.
Am 16. Januar starb nach schwerem Leiden das Mitglied beider Kassen **Paul Brückner** aus **Brieg** im Alter von 46 Jahren.
Leicht sei ihm die Erbe.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle **Kawitzsch.**

Am 21. Januar starb nach schwerem Leiden das Mitglied **Christian Haas** im Alter von 49 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle **Peine.**

Briefkasten.
Verlags-Anzeige müssen gekennzeichnet sein. — Andere Anzeigen sind vorher zu bezahlen. — Bei Einlieferung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
HOLL, Strelitz 90 A. — K. Sch., Weissenfels 60 A. — F. C., Storkow 70 A. — R. S., Zerbst 40 A.

Alle Roh-Tabake
in größter Auswahl, billigste Preise.
Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche Utensilien
3. Cigarrenfabrikation.
Sehr große Auswahl von Formen in jeder Facon zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstraße 185.
Man verlange Illustr. Preisverzeichnis.